

Niederschrift

Über die 32. Sitzung des Kreistages des Saarpfalz – Kreises (Legislaturperiode 2009/2014) am Mittwoch, dem 26.03.2014 im großen Sitzungssaal im Forum in Homburg.

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 16:40 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitz**

Lindemann, Clemens Landrat

**CDU**

Backes, Norbert	CDU
Baßler, Clemens	CDU
Engel, Roland	CDU
Fischer, Egon	CDU
Frank, Markus	CDU
Jann, Joachim	CDU
Kempf, Daniel	CDU
Nagel, Peter	CDU
Schaller, Markus	CDU
Schmitt-Lang, Jutta	CDU
Schwan, Kurt	CDU

**SPD**

Gallo, Dr. Theophil	SPD
Hamm, Rolf-Dieter	SPD
Hertzler, Bernd	SPD
Holzer, Gertrud	SPD
Knicker, Dieter	SPD
Lampel, Yvonne	SPD
Lebong, Margit	SPD
Martin, Francis	SPD
Schmees, Hermann	SPD

**LINKE**

Kessler, Peter	Die Linke
Welker, Helmut	Die Linke

**Biosphärenfraktion B'90/Die Grünen**

Arnold, Doris	Biosphärenfraktion B'90/Die Grünen
Domberg, Hans-Jürgen	Biosphärenfraktion B'90/Die Grünen

**FDP**

Bold, Albert	FDP
--------------	-----

**Familien-Partei**

Dabrock, Ursula	Familien-Partei
-----------------	-----------------

**parteiloses Mitglied**

Meydanci, Birgit	parteiloses Mitglied
Müller, Peter	parteiloses Mitglied

**FWG**

Ulmcke, Axel	FWG
--------------	-----

**Protokoll**

Lonsdorf, Sabrina

**Verwaltung**

Gehring, Karl-Heinz Büroleiter  
Giesen, Alfred Personalratsvorsitzender  
Motsch, Andreas Amtsleiter  
Zawar, Dr. Ulrike Sozialdezernentin  
Colling, Daniela Kreispolizeibehörde  
Schönberger, Dietmar Geschäftsführer Jobcenter

**Entschuldigt fehlen:**

**CDU**

Mauß, Ulrike	CDU
Wanner, Bernhard	CDU

**SPD**

Clivot, Michael	SPD
Janzen, Nico	SPD

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einem Grußwort und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form angenommen.

T a g e s o r d n u n g: ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Wahl einer/eines Vorsitzenden zum Wahlbeschwerdeausschuss und Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden zum Wahlbeschwerdeausschuss
4. Resolution zur Zukunftssicherung des Universitäts- und Medizinstandortes Homburg
5. Resolution zur Weiterführung der Bürgerarbeit und zur Weiterentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung

Danach wird die Tagesordnung, soweit nichts anderes angegeben, bei jeweils einstimmiger Empfehlung bzw. Beschlussfassung in nachstehender Reihenfolge wie folgt abgewickelt.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **3. WAHL EINER/EINES VORSITZENDEN ZUM WAHLBESCHWERDE- AUSSCHUSS UND WAHL EINER/EINES STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN ZUM WAHLBESCHWERDEAUSSCHUSS**

---

#### **DER VORSITZENDE**

schlägt vor, den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden in einem gemeinsamen Wahlgang zu wählen. Die erste Sitzung des Wahlbeschwerdeausschusses sei bereits für den 3. April vorgesehen.

#### **KREISBESCHÄFTIGTE COLLING**

weist darauf hin, dass die beiden Kandidaten keine Vertrauensperson eines Wahlvorschlages und kein Wahlbewerber sein dürfen.

#### **FRAKTIONSVORSITZENDER NAGEL (CDU)**

schlägt im Namen der CDU-Fraktion das Kreistagsmitglied Jann Joachim als Vorsitzenden des Wahlbeschwerdeausschusses vor.

#### **KREISTAGSMITGLIED KNICKER (SPD)**

schlägt das Kreistagsmitglied Hermann Schmess (SPD) als stellvertretenden Vorsitzenden des Wahlbeschwerdeausschusses vor.

*Sodann wird die geheime Wahl durchgeführt.*

#### **Beschluss:**

Der Kreistag wählt Herrn Joachim Jann (CDU) zum Vorsitzenden und Herrn Hermann Schmees (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wahlbeschwerdeausschusses.

#### **Ergebnis der geheimen Abstimmung:**

Anwesende Mitglieder:	29
Abgegebenen Stimmen:	29
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	1

#### **Stimmzähler:**

Hertzler (SPD)  
Schaller (CD)

**4. RESOLUTION ZUR ZUKUNFTSSICHERUNG DES UNIVERSITÄTS- UND  
MEDIZINSTANDORTES HOMBURG  
VORLAGE: 823/2014**

---

**DER VORSITZENDE**

informiert, dass die Stadt Homburg die Resolution zum Erhalt des Homburger Universitätsklinikums bereits beschlossen habe und der Saarpfalz-Kreis diese Resolution ebenfalls unterstützen sollte. Das Universitätsklinikum sei für eine weitere positive Entwicklung der Wirtschafts- und Wissenschaftsregion Saarpfalz-Kreis und der Kreisstadt Homburg unverzichtbar. Es sei wichtig, dass der gesamte medizinische Standort erhalten werde. Das Universitätsklinikum sei ein Aushängeschild für den Saarpfalz-Kreis und über die Landesgrenze hinaus bekannt und anerkannt.

**KREISTAGSMITGLIED GALLO (SPD)**

erklärt, dass die SPD-Fraktion der Resolution hinsichtlich des Standortes Homburg zustimme, jedoch sollte die Resolution auch auf den Standort Saarbrücken ausgeweitet werden. Auch hier habe das Gutachten des Wirtschaftsrates Einsparungen für die rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gefordert. Ein verschlechtertes Angebot an der Fakultät führe zur Abwanderung Studierender und zu einem Mangel an Juristen, was für das Land und auch für die Kreise Auswirkungen haben werde. Gerade im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes sei es unabdingbar, eine gleichlautende Resolution für den Standort Saarbrücken zu beschließen. Die SPD-Fraktion beantrage daher, das Thema auf die nächste Tagesordnung aufzunehmen und eine entsprechende Resolution vorzubereiten.

**FRAKTIONSVORSITZENDER NAGEL (CDU)**

gibt an, dass man zunächst für die medizinische Fakultät die Resolution beschließen sollte, da der Kreis hier unmittelbar betroffen sei. Was die anderen Bereiche anbelange, sollte man sich zunächst das Gutachten genauer ansehen und darüber erneut diskutieren.

**DER VORSITZENDE**

erklärt, dass man die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufnehmen werde.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Resolution zur Zukunftssicherung des Universitäts- und Medizinstandortes Homburg.

## **5. RESOLUTION ZUR WEITERFÜHRUNG DER BÜRGERARBEIT UND ZUR WEITERENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEN BESCHÄFTIGUNG**

---

### **DER VORSITZENDE**

informiert, dass sich die Landesregierung ebenfalls für die Fortführung der Bürgerarbeit einsetze und der Saarpfalz-Kreis dieses Bemühen durch Abschluss der Resolution unterstützen sollte. Derzeit seien ca. 200 Hilfebedürftige in der Bürgerarbeit beschäftigt. Durch den Wegfall der Bürgerarbeit könne der Kreis diesen Menschen keine Arbeit mehr anbieten. Die Hilfeempfänger erhalten weiterhin die gleichen Geldleistungen mit dem Unterschied, dass ihnen die Möglichkeit genommen wird, zu arbeiten. Arbeit bedeute aber auch ein Stück Menschenwürde.

### **FRAKTIONSVORSITZENDER NAGEL (CDU)**

stimmt der vorgelegten Resolution zu. Vor allem die Busbegleiter seien sehr sinnvoll und sorgen für die Sicherheit der Schulkinder. Das Land und der Saarpfalz-Kreis sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die öffentlich geförderte Arbeit, insbesondere die Busbegleitung, weiterhin erhalten bleibt.

### **KREISTAGSMITGLIED GALLO (SPD)**

befürwortet die Resolution. Er möchte jedoch an dieser Stelle an den Antrag der SPD-Fraktion aus der letzten Kreistagssitzung erinnern. Der Kreis sollte sich nach Zwischenlösungen umsehen und Überbrückungsmöglichkeiten schaffen. Dabei sollten auch die Städten und Gemeinden mit einbezogen werden. Er möchte an dieser Stelle die Verwaltung noch einmal darum bitten, entsprechende Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

### **DER VORSITZENDE**

erklärt, dass die Verwaltung bereits Lösungsmöglichkeiten suche. Man habe schon daran gedacht, mit 450 bis 500 Euro- Jobs eine Übergangsmöglichkeit zu schaffen, bis in Berlin entsprechende Zusagen erfolgen.

### **FRAKTIONSVORSITZENDER NAGEL (CDU)**

gibt an, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich eine Übergangslösung befürworten würde. Jedoch wolle er bereits jetzt schon davor warnen, dass die Signalisierung einer Weiterfinanzierung durch den Kreis letztendlich zu einer Dauerfinanzierung führen könnte. Es könne daher nur eine Vorfinanzierung in Frage kommen. Der Bund solle sich nicht aus seiner finanziellen Verantwortung herausziehen.

### **KREISTAGSMITGLIED DABROCK (FAMILIEN-PARTEI)**

spricht sich positiv für die Resolution aus. Jedoch dürfte es bei einer verantwortungsbewussten Sozialpolitik überhaupt nicht soweit kommen, dass der Kreistag eine Resolution verabschieden müsste.

Beschluss:

Der Kreistag des Saarpfalz-Kreises fordert mit der beigefügten Resolution von der Bundesregierung eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Instrumente der öffentlich geförderten Beschäftigung im SGB II und als ersten Schritt eine Weiterführung der Bürgerarbeit oder zumindest ein adäquates Anschlussprogramm.

Protokollunterzeichner:

Der Vorsitzende:

Die Kreistagsmitglieder:

Protokollführer: